

Fraktion im Rat der Stadt Bornheim

FDP-Fraktion Bornheim, Rathausstr. 2, 53332 Bornheim

Herrn
Bürgermeister Wolfgang Henseler
Vorsitzender des Haupt-, Finanz- und
Wirtschaftsausschusses
Rathausstr. 2
53332 Bornheim

Fraktionsgeschäftsstelle

Rathausstr. 2
53332 Bornheim

Tel.: 02222/99 44 50
Fax: 02222/99 44 52

fraktion@fdp-bornheim.de
www.fdp-bornheim.de

Bornheim, 3. Dezember 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellen wir gemäß §3 (1) GeschO den folgenden Antrag für die kommende Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses:

Mehr Transparenz bei Melderegister-Auskünften

Beschlussentwurf:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beauftragt den Bürgermeister:

- (1) den Bürgern der Stadt Bornheim nicht nur bei der Neu-Anmeldung im Bürgerbüro, sondern auch bei Ummeldungen innerhalb des Stadtgebiets sowie Verlängerung oder Neuausstellung von Personalausweisen und Reisepässen das Formular zum Widerspruch gegen Melderegisterauskünfte auszuhändigen.
- (2) In Abstimmung mit dem Landesdatenschutzbeauftragten zu prüfen, ob die Widerspruchsmöglichkeiten auf dem Formular der Stadt Bornheim erweitert werden können.
- (3) die Anfragen privater Antragsteller zentral zu erfassen und dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss jährlich in nichtöffentlicher Sitzung über Antragsteller zu informieren, die mehr als ein Mal im Jahr oder mehr als einen Datensatz angefragt haben. Darüber hinaus ist der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss in diesem Bericht zu informieren, ob Anfragen privater Antragsteller im Berichtszeitraum abgelehnt wurden.

Begründung:

Die Antworten der Verwaltung auf die Anfrage der FDP-Fraktion vom 1. Oktober (Vorlage 504/2012-3) sind nach unserer Ansicht nicht ausreichend bzw. verdeutlichen Handlungsbedarf bei der Behandlung von Melderegister-Auskünften an private Antragsteller.

Wir beantragen daher, eine intensivere Verteilung des Widerspruchsf formulars an die Bürger der Stadt Bornheim, wenn diese mit dem Bürgerbüro der Stadt in Kontakt treten. Darüber hinaus soll der Bürgermeister in Zusammenarbeit mit dem Landesdatenschutzbeauftragten prüfen, ob die Widerspruchsmöglichkeiten auf dem Formular noch erweitert werden können.

Wir sprechen uns ferner dafür aus, die Anfragen privater Antragsteller an die Stadt Bornheim zentral zu erfassen und dem Hauptausschuss Bericht zu erstatten, wenn private Antragsteller

mehrfach pro Jahr anfragen oder Daten mehrerer Bürger erhalten möchten. Außerdem soll der Ausschuss Kenntnis darüber erhalten, wenn Anfragen privater Antragsteller abschlägig beschieden wurden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Christian Koch, Jörn Freynick und Fraktion